

Reformen für soziale Gerechtigkeit - Widersprüche auflösen

Zum dritten Mal in Folge ist es den Unionsparteien nicht gelungen, gemeinsam mit der FDP eine bürgerliche Mehrheit bei Bundestagswahlen zu erzielen. Die Gründe dafür sind vielfältiger Art und bedürfen im Detail einer offenen und ehrlichen Analyse. Diese Analyse hat sich insbesondere mit der Wahlkampagne auseinander zu setzen, darf es aber dabei nicht belassen. Die bisher geplante Sitzung des Bundesvorstandes der CDU am 05. Dezember kann auch nur ein Auftakt sein. Es muss eine in der Breite der Partei geführte Diskussion folgen, die die Grundlage für eine langfristige Mehrheitsfähigkeit des bürgerlichen Lagers erarbeitet. Dies kann auf einem Parteitag oder auf Regionalkonferenzen geschehen. Dabei sollte die Frage im Vordergrund stehen, was heute soziale Gerechtigkeit bedeutet. Ziel christlich-demokratischer Politik muss sein, die Menschen zu mehr Selbstvertrauen, Eigenverantwortung und eigener Initiative zu ermutigen. Nur mit einer neuen Zuversicht in die eigenen Stärken und einer neuen Identifikation jedes Einzelnen mit Staat und Gesellschaft, können die notwendigen Veränderungen zuversichtlich aufgenommen werden. Schafft es die Union, eine solche Debatte zu führen, kann dies auch der Beginn einer neuen gesellschaftspolitischen Diskursfähigkeit der Union sein.

In ersten Reaktionen auf das Ergebnis der Bundestagswahl war die klammheimliche Genugtuung reformkritischer Kräfte innerhalb der Union nicht zu übersehen. Der in den letzten Jahren mühsam erarbeitete Reformkurs wurde in seiner Gesamtheit in Frage gestellt. Dafür gab es zunächst Zustimmung, da gerade in den letzten Wochen des Wahlkampfes zu wenig über das Ziel der Reformen aber um so mehr über Einzelmaßnahmen und deren isoliert betrachtete Folgen für den Einzelnen die Rede war.

Geht also die Union den Weg zurück zur ausschließlich gegenwartsbezogenen Verteilungsgerechtigkeit? Ist das die einzige Möglichkeit der Union, ihre Mehrheitsfähigkeit zurück zu erobern? Muss nicht vielmehr der Versuch unternommen werden, die konstruierten Widersprüche zwischen den notwendigen Veränderungen und dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit zu überwinden?

Die Junge Union NRW hält am Reformkurs der Union fest. Der Reformwille in weiten Teilen der jungen Generation muss seine politische Heimat auch in Zukunft in der Union haben. Wurde in den vergangenen dreißig Jahren von sozialer Gerechtigkeit geredet, bedeutete dies überwiegend die Verteilung des heute Erwirtschafteten. Unübersehbar aber wurde mehr und mehr auch das verteilt, was erst morgen und übermorgen erwirtschaftet werden muss. Heute sind alle sozialen Sicherungssysteme überlastet, die Staatseinnahmen reichen nicht mehr, sie zu stützen.

Deshalb fordert die Junge Union NRW insbesondere die Sozialpolitiker in der Union auf, bei der Lösung der gegenwärtigen Probleme von sozialromantischen Anleihen in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts Abstand zu nehmen.

Sozial ist heute, mit erster Priorität Ausbildung und Arbeit zu schaffen.

Die größte soziale Ungerechtigkeit ist die hohe Arbeitslosigkeit. Zudem ist eine wesentliche Ursache des Finanzierungsproblems der sozialen Sicherungssysteme die immer geringer werdende Zahl der Einzahler. Die hohen Hürden im Bereich der

Tarifpolitik, des Arbeitsrechts und der Bürokratie sind zurückzufahren, um Arbeitslose nicht aus dem ersten Arbeitsmarkt herauszuhalten. Insbesondere junge Menschen brauchen hier eine Perspektive.

Sozial ist heute, die Sozialsysteme umzubauen.

Dieser Umbau muss gewährleisten, dass künftige Generationen sich auch noch auf leistungsfähige Systeme verlassen können. Die Kosten der Sozialsysteme sind so weit wie möglich vom Faktor Arbeit abzutrennen und die Lasten auf alle Generationen so gerecht zu verteilen, dass jeder nach seiner Leistungskraft seinen Beitrag leisten kann. Dabei gesteht die Junge Union NRW ein, dass die junge Generation heute mehr Vorlauf hat, Eigenvorsorge zu betreiben. Dies kann aber nicht dazu führen, dass Rentensteigerungen über alle Rentenhöhen garantiert werden, um die große Mehrheit der alternden Bevölkerung in Deutschland zu befrieden. Die Junge Union vertritt die Notwendigkeit von Konsumverzicht gegenüber der eigenen Klientel seit Jahren, um Eigenvorsorge zu ermöglichen. Diesen Mut erwarten wir von allen Gruppen innerhalb der Union.

Sozial ist heute, die Staatsverschuldung abzubauen.

Die Weichen müssen heute gestellt werden, damit künftige Generationen nicht unter der Schuldenlast der öffentlichen Haushalte in ihren Perspektiven massiv eingeschränkt werden. Deshalb ist es aus Sicht der Jungen Union NRW heute essenziell, generationenübergreifend zu den Grundzügen der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland zurückzukehren und nicht den Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ im Sinne von Verteilung auf Pump umzuinterpretieren. Schon heute ist die junge Generation bis hin zu ungeborenen Jahrgängen durch die aufgetürmte Staatsverschuldung belastet. Auf der Habenseite steht ein Schulsystem, das international abgeschlagen ist, ein Arbeits- und Ausbildungsmarkt, der es für viele Arbeitgeber unattraktiv macht, jungen Menschen eine Chance zu geben und eine Universitätslandschaft, die vielfach weit entfernt ist von den besten Hochschulstandorten Europas. Die Junge Union NRW fordert daher, die ersten Haushalte der neuen Regierungen in Land und Bund für eine finanzpolitische Kehrtwende zu nutzen. Der Neuanfang in NRW ist eine starke Legitimation für einen Einstieg in eine generationengerechte Finanzpolitik.

Sozial ist heute, den Staat zurückzunehmen.

Die unzureichende Leistungsfähigkeit des Staats bei einem enormen Anspruchsdenken macht die Neuvermessung der Relationen des Staats zu seinen Bürgern notwendig. Wenn der Staat weiter Ausbildung, soziale Grundsicherung, Sicherheit nach innen und außen sowie ein familienfreundliches Umfeld garantieren will, muss er all seine Aufgaben und Leistungen kritisch durchleuchten und sich von vielen Dingen, die wünschenswert aber nicht zwingend erforderlich sind, trennen.

Die Union muss sich die Mühe machen, den eingeschlagenen alternativlosen Weg der Reformen mit dem Willen zu begründen, soziale Gerechtigkeit dauerhaft zu erzielen. Die gegenwärtige Lage der Staatsfinanzen und der sozialen Sicherungssysteme zwingen dazu, althergebrachte Widersprüche zu überwinden. In Nordrhein-Westfalen ist dies im Vorfeld der Landtagswahl gelungen. Dies muss uns auch auf allen anderen Ebenen gelingen, um die Union als christliche Volkspartei der Mitte wieder dauerhaft mehrheitsfähig zu machen.